



## Solidarität

Brandenburg: Kundgebungen und Mahnwache von Antifaschisten aus Protest gegen Neonaziaktion an deutsch-polnischer Grenze. Polizei schreitet demonstrativ gegen Rechte ein. Von Dominik Wetzel, Guben

SEITE 4

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellcoupon auf Seite 5

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 26. OKTOBER 2021, NR. 249 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Auf volles Risiko

NATO-»Masterplan«: Einsätze im Baltikum und Schwarzen Meer.  
**3** Milliardenfonds für Hightech

### Voran für Kuba

Parlament tagt: Justiz, Wirtschaft, Pandemie auf Tagesordnung.  
**6** Klare Botschaft an Systemgegner

### Hinter den Stücken

Die theoretischen Grundlagen des Dramatikers Peter Hacks.  
**12** Vorabdruck. Von Felix Bartels

### Wieder nur Brosamen

Jobkiller Minijob: Obergrenze für geringfügig Beschäftigte wird auf 520 Euro erhöht  
**15**

# Gegen Putsch und Militär

Sudan: General setzt Übergangsregierung ab. Premier und Minister verhaftet. Tausende protestieren auf den Straßen. Von Gerrit Hoekman

Im Sudan hat das Militär am Montag morgen erneut die Macht übernommen, die Übergangsregierung aufgelöst und einen landesweiten Ausnahmezustand verhängt. Der höchste Militärvertreter des Landes, General Abdel Fattah Al-Burhan, kündigte an, neben der Regierung auch den Souveränen Rat aufzulösen. Dieser leitete bislang den »Übergang zur Demokratie«, nachdem die Armee 2019 nach Massenprotesten den langjährigen Präsidenten Omar Al-Baschir gestürzt hatte, und umfasst neben Mitgliedern des Militärs auch Zivilisten. Al-Burhan war zuletzt Vorsitzender des Rats. In den kommenden Monaten sollte die Leitung aber an einen Zivilisten übergehen.

General Al-Burhan begründete den Schritt damit, dass sich im Rat ein Kampf entwickelt habe, der die Sicherheit des Landes und den inneren Frieden bedrohe. Der Schritt sei notwendig geworden, nachdem es »Chaos und Gewalt« gegeben habe. Damit spielte er wohl auf die Massenproteste am vergangenen Donnerstag an, bei denen Hunderttausende in zahlreichen Städten das Ausscheiden des Militärs aus der Übergangsregierung forderten, namentlich von Al-Burhan und Mohammed Hamdan Daglo, dem Kommandeur der militärischen Spezialeinheit »Rapid Support Forces«, die für Morde, Massaker und Vertreibungen verantwortlich ist. Dutzende waren dabei durch Kugeln und Tränengas verletzt worden. Al-Burhan versicherte indes, die Militärregierung werde den »demokratischen Prozess« fortsetzen, bis die Macht nach der Parlamentswahl im Juli 2023 an die gewählte Regierung übergehe.

Der zivile Übergangspräsident Abdullah Hamdok wurde von Soldaten



Ohne uns: Massen folgten am Montag in Khartoum dem Aufruf zu Protest und Streik nach Auflösung der Übergangsregierung

festgenommen, ebenso die meisten Kabinettsmitglieder sowie zahlreiche führende Parteipolitiker. Hamdok sei an einen unbekannt Ort gebracht worden, nachdem er sich geweigert habe, eine Erklärung zur Unterstützung der Putschisten zu unterzeichnen, teilte das Informationsministerium mit. Auch die Politiker hatten aufgrund der sich stetig verschlechternden Wirtschaftslage im Land den Ton gegenüber den Militärs in den vergangenen Wochen verschärft. Allerdings gab es auch zivile Gruppen, die einen Putsch der Armee forderten und sich vergangene Woche zu deren Unterstützung vor dem Palast des Präsidenten versammelt hatten.

Der internationale Flughafen wurde geschlossen, berichtete der TV-Sender *Al-Arabija* aus Dubai. *Reuters* meldete, das Internet sei in Khartoum abgeschaltet worden. Soldaten hätten die staatliche Radio- und Fernsehstation besetzt und die Angestellten verhaftet, teilte das Informationsministerium weiter mit.

Neben der Sudanesischen Kommunistischen Partei rief auch die Sudanese Professionals Association, 2019 treibende Kraft im Aufstand gegen Al-Baschir, die Menschen laut *Reuters* zum Generalstreik und zivilem Ungehorsam auf. »Wir verurteilen auf das schärfste den Putsch und die Verhaftungen, die im Gange sind. Es handelt sich um

einen versuchten Staatsstreich, ungeachtet der Rechtfertigungen, und er ist illegitim«, erklärte die einflussreiche Umma-Partei. Das Volk solle sich sofort auf die Straße begeben und sich dem Putsch widersetzen.

Tatsächlich versammelten sich nach Al-Burhans Ansprache Tausende Menschen auf den Straßen, wie Livebilder bei *Al-Dschasira* zeigten. Bereits vorher waren Hunderte zum Hauptquartier der Armee gezogen, wo es offenbar zu Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und Soldaten kam. Dabei soll nach Angaben von Ärzten mindestens ein Dutzend Protestierende durch Schüsse verletzt worden sein.

**jW-Fotowettbewerb 2021**  
 Jetzt noch teilnehmen!  
 Einsendeschluss: 28.10.2021  
[jungewelt.de/fotowettbewerb](http://jungewelt.de/fotowettbewerb)

## Hungerkrise in Afghanistan spitzt sich zu

Kabul. In Afghanistan spitzt sich die Hungerkrise dramatisch zu. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes wird ab November nicht ausreichend zu essen haben, wie aus einem am Montag von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und dem Welternährungsprogramm (WFP) der Vereinten Nationen veröffentlichten Bericht hervorgeht. Das sei eine Rekordzahl von 22,8 Millionen Menschen in dem Land mit geschätzt 37 Millionen Einwohnern. Bereits im September und Oktober erlebten fast 19 Millionen Menschen in Afghanistan ein hohes Maß an akuter Ernährungsunsicherheit, ein Anstieg von fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, heißt es in dem Bericht. Gründe für den Anstieg seien eine anhaltende Dürre, der Zusammenbruch öffentlicher Dienstleistungen, eine schwere Wirtschaftskrise und steigende Lebensmittelpreise in dem Land. (dpa/JW)

## Neue Höchstwerte bei Treibhausgas

Genf. Das Wirtschaftsleben stand im ersten Coronajahr zwar vielerorts wochenlang still, aber den Trend immer dramatischerer Klimaveränderungen hat das nicht aufgehalten. Die Konzentration des wichtigsten Treibhausgases in der Atmosphäre, Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), erreichte 2020 einen Rekordwert, wie die Weltwetterorganisation (WMO) am Montag in Genf berichtete. Und nicht nur das: Der Anstieg war demnach stärker als im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020. Als gefährlich bezeichnete WMO-Chef Petteri Taalas die Entwicklung in der Amazonas-Region. Der Regenwald im nördlichen Südamerika ist eine der größten CO<sub>2</sub>-Senken der Welt – doch das ändert sich. Eine CO<sub>2</sub>-Senke nimmt klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen auf. Im Juli berichteten Forscher, dass Teile des Amazonas-Gebiets inzwischen mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen als aufnehmen. (dpa/JW)

## Die Linke bestätigt Doppelspitze

Bundestagsfraktion: Mohamed Ali und Bartsch mit fast 77 Prozent als Vorsitzende gewählt

Die Fraktion von Die Linke hat als letzte Bundestagsfraktion nach der Wahl vom 26. September am Montag nachmittag ihre Führung gewählt. An der Spitze der nur noch 39 Abgeordnete zählenden Fraktion – zuvor waren es 69 – stehen weiterhin Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch. Beide seien mit 76,9 Prozent wiedergewählt worden, gab die Abgeordnete Petra Sitte kurz darauf aus der Fraktionssitzung heraus auf Twitter bekannt. Zuvor hatten die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow die

beiden erneut für den Vorsitz vorgeschlagen. Mohamed Ali und Bartsch stehen seit November 2019 gemeinsam an der Spitze der Linksfraktion im Bundestag.

Nach jW-Informationen hatte bei einer Beratung des 44köpfigen Parteivorstandes am Sonntag ein Antrag, in dem Bartsch und Mohamed Ali zum Rückzug von der Fraktionsspitze aufgefordert wurden, nur acht Jastimmen erhalten. In dem schließlich beschlossenen Antragstext wurden die beiden Parteivorsitzenden aufgefordert, »bei ihrer Empfehlung für die Neuwahl

des Fraktionsvorstandes ihre Erwartungen an einen personell, inhaltlich und methodisch inklusiven Gesamtvorstand zu formulieren«.

Vor der Neuwahl der Fraktionsspitze war vor allem Kritik an Bartsch laut geworden, der zusammen mit Ko-partiechefin Wissler die Spitzenkandidatenduo bei der Bundestagswahl gebildet hatte. In diesem Zusammenhang gab es Spekulationen, dass Wissler an die Spitze der Fraktion rücken könne – eventuell zusammen mit dem bisherigen parlamentarischen Geschäftsführer Jan Korte. Beide hatten

allerdings nicht öffentlich erklärt, das Amt anzustreben.

Mohamed Ali hatte am Montag gegenüber der *Rheinischen Post* und dem Bonner *Generalanzeiger* erklärt, dass die Linkspartei in den kommenden vier Jahren um ihre Existenz kämpfen müsse. »Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein und das Wahlergebnis kritisch aufarbeiten«, sagte sie. Sie verwahrte sich gegen »hanebüchene Schuldzuweisungen, die am Tag nach der Wahl oder wenige Tage danach einfach aus dem Hut gezaubert werden«. (dpa/AFP/JW)

**jW** wird herausgegeben von  
 2.589 Genossinnen und Genossen (Stand 8.10.2021)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

